

Kita-Finanzierung

Wer von der Wahlmöglichkeit für Berufstätigkeit profitiert

Seit Jahren schon haben viele Eltern Mühe, ihre Kinder in einer geeigneten Kita unterzubringen. Die Regierung hat vor vier Jahren ein Moratorium verhängt und keine Subventionen mehr für neue Kita-Plätze gesprochen. Besonders für Säuglinge war es in den letzten Jahren sehr schwer, einen Kita-Platz zu finden, weil Babys eine intensive Betreuung in einer Gruppe mit grösseren Kindern benötigen. Denn an Qualitätsstandards wird trotz Sparzwang in Liechtenstein nicht gerüttelt und die Betreuung richtet sich an einem pädagogischen Konzept aus.

In Bedrängnis kamen wegen des Kita-Platzmangels nicht nur die Eltern, sondern auch die Wirtschaft. So wurden einige Industriebetriebe selbst aktiv und bauten Kinderbetreuungsmöglichkeiten aus, damit Fachkräfte mit Kindern weiterhin berufstätig bleiben können. Ausreichend Kita-Plätze sind laut einer Studie des Liechtenstein Instituts einer der Schlüssel zur Lösung verschiedener gesellschaftlicher Probleme: «Massnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirken sich sowohl positiv auf das natürliche Bevölkerungswachstum als auch auf die Frauenerwerbstätigkeit aus und tragen damit zur Zukunftsfähigkeit der liechtensteinischen Wirtschaft und Gesellschaft bei.» Kitas fördern die Gleichstellung von Mann und Frau und sind auch ein Beitrag zum Ausgleich unterschiedlicher Startchancen von Kindern aus benachteiligten sozialen Milieus. Es gibt viele Eltern, die es sich

nicht leisten können, ihre Kinder zu Hause zu betreuen. Ein Kita-Platz und Tagesmuttermangel ist für sie eine existenzielle ökonomische Bedrohung. Viele Eltern wollen aus anderen Gründen berufstätig sein und auch bleiben, sie lieben schlicht ihren erlernten Beruf. Die Politik soll die Wahl ermöglichen. Staat und Wirtschaft profitieren gleichermassen von einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es ist noch immer so, dass sich viele Frauen gezwungen sehen, ihre ökonomisch sinnvolle und persönlich erfüllende Berufstätigkeit aufzugeben. Nach einer längeren Baby-pause ist es für sie schwierig, wieder qualifizierte Arbeit zu finden. Es darf ausserdem nicht vergessen werden, dass die Gesellschaft auch in Liechtenstein im Wandel ist und die Zahl der klassischen Kernfamilien auch hierzulande bei einer Scheidungsrate von 50 Prozent schrumpft. Hat ein Elternteil Mühe, nach einer Scheidung eine qualifizierte Stelle zu finden, wird es fi-

nanziell oft eng. Aus Sicht der Freien Liste profitieren also die Gesellschaft, der Staat und die Wirtschaft, wenn Frauen die Wahlfreiheit für ausserhäusliche Betreuung ermöglicht wird. Es ist also legitim und angebracht, dass sich alle an der Finanzierung beteiligen. Auch Arbeitgeber sollen sich einbringen, wie dies die Freie Liste schon mehrfach gefordert hat. Über die genaue Aufteilung der Finanzierung kann diskutiert werden, Hauptsache ist, dass endlich ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden.